

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

14.1.1891 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 14. Januar.

N^o 13.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 30. Dezember 1890 gnädigst geruht, dem Lehramtspraktikanten Dr. Ferdinand Lamey von Heidelberg unter Verleihung des Titels Professor die etatmäßige Amisstelle eines wissenschaftlich gebildeten Lehrers an der Höheren Bürgerschule zu Achern zu übertragen.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 27. Dezember 1890 ist Folgendes bestimmt:

Landwehr-Bezirk Mülhausen i. G.

Dr. Ricklin, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse befördert.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 13. Januar.

Von einigen Pariser Blättern wird noch immer stark bezweifelt, ob die von den spanischen Behörden in Not verhaftete Persönlichkeit wirklich Poblewski, der Mörder des russischen Generals Seltzeroff, ist; die Anzeichen für die Identität des Verhafteten mit Poblewski mehren sich jedoch. Ein in Madrid eingegangener Bericht des Präfecten in Gerona besagt, die in Not verhaftete Persönlichkeit sei einem mit der Ueberwachung der Grenze beauftragten Kapitän und einem Zollwächter verdächtig erschienen; letzterer habe den Mann deshalb aufgefordert, zu ihm zu kommen und seinen Paß vorzulegen. Dieser Aufforderung habe der Unbekannte auch entsprochen, als der Zollwächter und der Kapitän ihn jedoch in ein Zimmer einschlossen, um inzwischen Gendarmen herbeizuholen, habe er die Fenster zerschmettert und zu entfliehen versucht. Bei seiner Verhaftung durch herbeigeeilte Gendarmen habe der Unbekannte, in dessen Besitz sich zahlreiche gefälschte Schriftstücke und ein aus Paris datirter Wechselbrief befanden, ein Stück Papier verschluckt. Bei der Vernehmung habe er vielfach widersprechende, auf eine gewisse geistige Gestörtheit hindeutende Angaben gemacht. Es lasse sich bis jetzt weder bestätigen noch befreiten, daß der Verhaftete Poblewski sei. Eine spätere Meldung lautet dahin, daß der Verhaftete in der Untersuchung bekannte, Selbsterlöblich aus politischen Gründen ermordet zu haben; er habe am 5. Dez. v. J. die spanische Grenze überschritten, sich sodann in Barcelona, Saragossa, Alicante und Madrid herumgetrieben und sich schließlich am 24. Dez. in Not niedergelassen. Die Angaben des Verhafteten stehen nicht ganz im Einklang mit der Erzählung Labruneres im „Eclair“; doch kommt diesem Umstande wohl kaum eine Beweiskraft zu. Wichtiger erscheint für die Aufklärung des Falles folgende aus Madrid vorliegende Nachricht: „Nach einer telegraphischen Mittheilung des Präfecten von Gerona stimmt das von der französischen Polizei verbreitete Signalement Poblewski's genau zu der Persönlichkeit des in Not Verhafteten.“ Nach der Lage der Verträge liefert Spanien nur nichtpolitische Verbrecher aus. Obgleich Frankreich aber Spanien gegenüber mehrfach Morde, sobald sie mit der Politik im Zusammenhang standen, als politische Verbrecher angesehen und die Auslieferung verweigert hat, so gilt es doch für wahrscheinlich, daß Spanien den Verbrecher ausliefern wird, sofern die Wichtigkeit des Verbrechtes nachgewiesen wird.

Parnell scheint mit seiner Ueberredungskunst den irischen Abgeordneten O'Brien, der in Boulogne i. M. eine Ausöhnung und Wiedervereinigung der beiden irischen Parteilagen zu vermitteln suchte, auf seine Seite herübergezogen zu haben; Parnells Reden in Limerick deuten wenigstens ziemlich bestimmt darauf hin. Sie verherrlichen den Patriotismus und die Treue O'Briens, von dem Parnell sagte, daß er in ewiger Freundschaft mit ihm verbunden sei. Aber wenn es Parnell auch gelungen ist, O'Brien für sich zu gewinnen, so ist die Verständigung der beiden Gruppen damit noch nicht viel gefördert, denn es kommt vor allem darauf an, Mac Carthy und dessen Freunde für das zwischen Parnell und O'Brien verabredete Arrangement zu gewinnen, und das ist bei den Beratungen in Boulogne i. M. offenbar nicht gelungen; vielmehr melden Londoner Blätter, daß es bei der Konferenz in Boulogne zu heftigen Austritten zwischen O'Brien und den Anhängern Mac Carthy's gekommen sei. Eine Entscheidung in der Sache ist kaum zu erwarten, ehe Dillon nach Europa zurückgekehrt ist. Dillon hat am 10. Januar Amerika verlassen, um an den auf französischem Boden gepflogenen Verhandlungen theilzunehmen. Ein neues Streiflicht auf die Verhältnisse im irischen Lager wirft eine Mittheilung des Dubliner „Telegraph“, nach welcher Dillon von den Führern der

Antiparnelliten zurückberufen worden sei, um durch seinen Einfluß eine Ausöhnung zwischen O'Brien und Parnell zu verhindern. Das Ende aller dieser Verhandlungen und Konferenzen läßt sich noch nicht absehen.

Die serbische Hauptstadt ist mit der Einführung einer neuen Verzehrungssteuer auf starken Widerpruch, sowohl bei der eigenen Bevölkerung wie auch bei den Vertretern der auswärtigen Mächte in Belgrad gestoßen. Auf Grund eines bereits am 13. Juni 1884 von der Skupstina angenommenen Gesetzes will die Stadt Belgrad nämlich eine Verzehrungssteuer einführen, um verschiedene große kommunale Arbeiten ausführen zu können und für das 10 Millionen-Anlehen eine solide Deckung zu finden. Ueberraschend ist nun, daß diese Verzehrungssteuer sich nicht bloß auf Genussmittel, sondern auch auf Industrieartikel und überhaupt auf alles, was nach Belgrad eingeführt wird, erstrecken soll. Dieselbe beträgt bei jenen Waaren, welche nicht einem besonderen Tarif unterliegen, ein Prozent des Werthes. Die besonderen Tarife sind gerade bei wichtigen Artikeln sehr hoch; beispielsweise werden Woll- und Baumwollkleider drei, seidene sechs, fertige Schuhe gleichfalls sechs Francs per Kilogramm bezahlen müssen, das heißt an Verzehrungssteuer weit mehr, als Zoll und die sonstigen staatlichen Abgaben betragen. Durch die Höhe der Abgaben werden manche wichtige Verbrauchsartikel, wie Cognac (1 Fr. per Flasche), Spiritus (30 Fr. per 100 Liter), Eisen (5 Fr. per Flasche) u. a. in der Einfuhr sehr behindert, wenn nicht ganz ausgeschlossen. Auch normirt der Tarif eine differentielle Behandlung der ausländischen Produkte gegenüber den inländischen, indem z. B. einheimische Weine 10, feine ausländische 50 Cts. vom Liter zahlen, serbisches Bier 5 Fr. per Hektoliter, 10 Cts. per Flasche, ausländisches 15 Fr. beziehungsweise 15 Cts., einheimische Mineralwässer 5, ausländische 15 Cts. per Flasche zahlen sollen. Der Handel Belgrads wird durch die Verzehrungssteuer empfindlich getroffen, denn das Innere Serbiens bezieht den Bedarf an ausländischen Produkten nicht direkt, sondern versorgt sich damit überwiegend auf dem Belgrader Plage. Die neue Verzehrungssteuer zwingt nun die Belgrader Großhändler, entweder ihre Waarenlager aufzugeben oder aber ihre Waaren in den städtischen Magazinen zu belassen und dafür den beträchtlichen Lagerzins zu entrichten, so daß die Gefahr einer Ablenkung des Handels mit dem Innern aus Belgrad besteht. Die Stadt Miß hat gleichfalls das Recht verlangt, eine Verzehrungssteuer einzubehalten. Eine Depesche aus Belgrad meldet, daß die neue Verzehrungssteuer in der Presse lebhaft bekämpft wird und daß sich auch ein großer Theil der Kaufmannschaft gegen sie ausspricht. Ferner berichtet man dem Wolff'schen Bureau aus Belgrad: „Bei dem Empfange des diplomatischen Corps erhoben die Vertreter der auswärtigen Mächte Vorstellungen wegen der Vertragswidrigkeit einzelner Tarifsätze der neuen Verzehrungssteuer. Wie versichert wird, hätte der Ministerpräsident die Nichtigkeit der erhobenen Einwände anerkannt.“ Wenn das letztere der Fall ist, so wird die Regierung wohl auf eine Abänderung der eingeführten Maßregel hinwirken müssen, wobei allerdings die Frage entstehen wird, auf welchem anderen Wege die serbische Hauptstadt ihre finanziellen Bedürfnisse zu decken vermag.

Der preussische Staatshaushaltsplan.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Finanzminister Miquel den Etat für 1891/92 vorgelegt, der am nächsten Montag zur Verhandlung gelangen wird. Der Minister begleitete die Einbringung des Etats mit einem Exposé, in welchem er nach einem Berichte der „Nat.-Ztg.“ u. a. sagte: Der Etat 1891/92 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1720 834 749 M. ab, und zwar betragen die ordentlichen Ausgaben 1 670 452 170 M., die einmaligen Ausgaben 50 382 572 M., gegen den laufenden Etat mehr 132 610 434 M. Im ordentlichen Etat betragen die Ausgaben mehr gegen den laufenden Etat 125 672 033 M. Der Etat schließt ohne Zuhilfenahme einer Anleihe und ohne Verwendung eines Ueberschusses aus dem Vorjahre. Es ist das nicht leicht geworden, denn eine Reihe von nützlichen und ersprießlichen Mehrforderungen, namentlich für Kunst und Wissenschaft, mußten zurückgestellt werden. Der Etat ist nach den bisherigen bewährten Grundsätzen aufgestellt; ich bin überzeugt, daß wir nach dieser Aufstellung des Etats nicht entfernt auf solche Ueberschüsse rechnen können, wie in den letzten Jahren. Dies ergibt sich am besten bei einem Vergleich mit den Vorjahren. Seit dem Jahre 1880 haben wir uns stets in auf- und absteigender Linie bewegt; es gab Defizits- und große Ueberschüsse. Das beweist, daß der Etat unsicher zu berechnen ist, da die Betriebsverwaltungen in unserem Budget die Hauptrolle spielen. Was den Etat 1889/90 betrifft, so lieferte derselbe 97 170 184 M. Ueberschuß. Indessen war das

nur ein Rechnungsüberschuß, entstanden vor der Verwendung zur Schuldentilgung. Unsere Schuldenlast beträgt jetzt 5 Milliarden 800 Millionen Mark, die etatsmäßig mit etwa 38 Millionen Mark getilgt wird. Eine weitere Schuldentilgung beruht nicht auf Geseß; das muß man immer im Auge behalten. Auch im Jahre 1889/90, welches gewissermaßen den Höhepunkt unserer Finanzgebahrung bezeichnet, haben die Betriebsverwaltungen einen Mehrüberschuß von 73 471 000 M. ergeben, davon die Eisenbahnen allein 42 926 000 M.

Ueber die Mehreinnahmen des laufenden Jahres lassen sich nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen aufstellen und für die Ergebnisse keine Bürgschaft übernehmen. Es ergibt sich daraus, daß die Domänen 150 000 M., die Forsten 7 Mill. M., die direkten Steuern 4 400 000 M., die indirekten Steuern 6 Mill. M., die Bergwerke 10 600 000 M., die Eisenbahnen 5 600 000 M. gegen 42 Mill. M. des Vorjahres, die Ueberweisungen aus dem Reiche 40 500 000 M. mehr ergeben werden als veranschlagt. Diefen Ziffern stehen in anderen Verwaltungszweigen erhebliche Minder-einnahmen beziehungsweise Mehrausgaben gegenüber im Gesamtbetrage von 44 010 000 M., während die günstigen Momente zusammen 78 250 000 M. betragen, so daß das laufende Jahr einen Ueberschuß von 33 620 000 M. ergibt, d. h. gegen das Vorjahr weniger etwa 66 Millionen.

Bei der Betrachtung des Etats für 1891/92 ist stets zu berücksichtigen, daß in diesem die im vorigen Jahre durch Nachtragsetat beschlossenen Gehaltserhöhungen der Beamten zum etatsmäßigen Ausdruck gelangt, daß daher die betreffenden Etats-titel eine erhebliche Steigerung aufweisen. Der Etat hat zu unserem Bedauern erhebliche Mittel nicht geboten, um in erheblichem Umfange weitere Gehaltserhöhungen vorzunehmen. Wir haben uns daher Beschränkungen auferlegen müssen, sind aber bei dem bewährten, mit dem Hause vereinbarten System einer Aufbesserung von unten nach oben geblieben. Mit diesem System kann aber gleichzeitig die Erfüllung den anderen Wünsches zweckmäßig verbunden werden, nämlich die Verminderung der diätarisch beschäftigten Beamten und Vermehrung der etatsmäßig angestellten Beamten; und zwar soll nach einer bestimmten Probe-dienzeit oder nach Ablegung eines Examens binnen einer bestimmten Zeit die definitive Anstellung erfolgen. Das kann aber nur allmählig erfolgen; denn es wird erhebliche Mehrausgaben erfordern und wir müssen unsere Mittel zu Rathe halten. Die Vorbereitungen für den Uebergang zu dem neuen System sind schon sehr weit gediehen, wenn sie auch noch nicht abgeschlossen werden konnten. Ich habe die Absicht, schon im kommenden Etatsjahr für die Beamten, deren Gehälter durch den Nachtrags- etat aufgebessert, die also zu einer gewissen Ruhe gekommen sind, das neue System der Alterszulagen zur Durchführung zu bringen, wenn das Haus nicht widerspricht.

Ehebliche neue Organisationen finden sich im nächsten Etat nicht viele; hiezu gehört die Reorganisation der Stellung der Gemeindefunktionäre sowohl durch Verneuerung dieser Beamten wie durch ihre Einreihung in den Gesamtorganismus der preussischen Staatsverwaltung. Der Redner gab dann die Ziffern der einzelnen Verwaltungszweige des kommenden Etats an. Schließlich erwähnte er unter den Bewilligungen für wissenschaftliche und Kunstzwecke die Aufbesserung des Koch'schen Heilmittels gegen die Tuberkulose. Der Minister sagte: Ich erwähne, daß sehr bald die Zusammen- setzung und Herstellung des vom Herrn Geheimrath Koch er- fundenen Heilmittels publiziert werden wird. Die Staatsregierung trägt kein Bedenken, dies zu thun, da angenommen wird, daß dies Mittel nicht zu einer Einnahmequelle für den Staat, son- dern der gesammten Menschheit zum Heile werden soll. Hiermit kann ich schließen. Wenn auch manche nützliche Unternehmung hat zurückstehen müssen, so enthält doch der Etat eine ganze Anzahl Aufwendungen für Landeskultur, Wasserbauten, Eisen- bahnen, Kunst und Wissenschaft. Wenn wir die Grundsätze der soliden preussischen Finanzverwaltung festhalten, so werden wir diejenigen Leistungen mit Erfolg zurückweisen, welche darauf gerichtet sind, Alles vom Staate zu verlangen, aber ihm nichts zu opfern. (Beifall.)

Deutschland.

* Berlin, 12. Jan. Nach einer Mittheilung Stettiner Blätter wird Seine Majestät der Kaiser morgen früh in Swinemünde eintreffen, um die Eisverhältnisse des Haffs zu besichtigen. In Stettin eingetroffene Schiffe berichten von großen Eisaustagen; die Durchfahrt des Haffs soll schwierig sein.

Gutem Vernehmen nach hat sich das Befinden Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin nach dem Aufenthalt des Großherzogs auf der See und an der französischen Riviera in erfreulicher Weise gebessert; die Rückkehr des Großherzogs nach Schwerin steht zum Frühjahr zu erwarten.

Bei der am 8. d. Mts. stattgehabten Reichstags- Stichwahl im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirkes Bochum (Stadt- und Landkreis Bochum, Kreis Gelsen- kirchen und Hattingen) sind nach der jetzt vorliegenden amtlichen Ermittlung im Ganzen 52 945 Stimmen ab- gegeben worden. Davon erhielten Fabrikbesitzer Hermann Müllensiefen in Crengeldanz (nationalliberal) 27 304 Stimmen, Bürgermeister Battmann in Gelsenkirchen (Centrum) 25 614 Stimmen. Der Erstere ist somit ge- wählt.

Die heutige Etatrede des Finanzministers Dr. Miquel im preussischen Abgeordnetenhause wurde sehr

beifällig aufgenommen; vorzüglich war dies der Fall bei der Ankündigung, daß die Regierung beabsichtige, das System der Stellenzulagen bei den Beamten durch das System der Alterszulagen zu ersetzen und eine Verminderung der diätarisch beschäftigten Beamten, sowie eine Vermehrung der etatsmäßig angestellten vorzunehmen. Was die Kommission des Abgeordnetenhauses betrifft, so beschloß die Kommission für das Wildschadengesetz einen neuen Paragraphen, welcher jeden Schadenersatz ausschließt, sobald die Umstände ergeben, daß die Erzeugnisse nur in der Absicht, Schadenersatz zu erzielen, gezogen wurden. Die Kommission nahm ferner einen Zusatz an, nach welcher die endgiltige Abschätzung des Schadens auszuweisen ist bis die Wirkung der Beschädigung mit Sicherheit festgestellt werden kann. Die Bestimmung, laut welcher die Aufsichtsbehörde die Abminderung schädigender Wildarten durch Forstbeamte und Jagdbeamte zu bewirken hat, wurde gestrichen, dagegen genehmigt, daß in der Bestimmung, nach der den Jagdberechtigten gestattet werden kann, die schädigenden Wildarten abzuschießen, das Wort „kann“ durch das Wort „muß“ ersetzt werde. Die Kommission für das Volksschulgesetz nahm ihre Arbeiten mit § 16 wieder auf, nach welchem der Religionsunterricht in derjenigen Religionslehre zu erteilen ist, der die Schüler angehören, und nahm den Paragraphen mit dem Antrag Windthorst, daß der Lehrer nur den Unterricht seiner Religion erteilen darf, an, nachdem der Kultusminister sich hiermit einverstanden erklärt hatte. Dem Abgeordnetenhause ging eine Denkschrift betreffend die Bauausführungen an Wasserstraßen zu; darnach wurden von 22 Millionen Mark für die Regulierung des Rheins von Bingen bis zur holländischen Grenze bestimmt, rund 11 596 200 M. vorausgab. Die Regulierungsbauten wurden kräftig gefördert; in der Stromstrecke Bingen-St. Goar nehmen die Felsprengungen einen guten Fortgang, außer der Beseitigung gefährlicher Felsmassen bei St. Goar, Bacharach und Ahmannshausen wurde an der Vertiefung des zweiten Fahrwassers im Binger Loch gearbeitet. Ein großer Taucherzug wird dieses Jahr in Benutzung genommen.

Nach einer Meldung hiesiger Zeitungen hat die freisinnige Partei des Reichstags auf Anregung des Abg. Barth beschlossen, bei dem Reichstag die Aufhebung des Einfuhrverbots gegen amerikanischen Speck und Schinken zu beantragen.

Stuttgart, 12. Jan. In zwei Sitzungen hat die Kammer der Abgeordneten die Generaldebatte über den Entwurf der Verwaltungsreform erledigt und hat mit großer Majorität beschlossen, in die Einzelberatung einzutreten. Wir heben aus der Debatte folgendes hervor: Berichterstatter v. Göz gab den einleitenden Vortrag. Nach langjährigen Wünschen des württembergischen Volks und der Kammer und vielfachen, nicht zum Ziel gelangten Versuchen verschiedener Ministerien sei es der gegenwärtigen Regierung gelungen, unter maßvoller Beschränkung auf das Dringliche und zur Besserung Reife diesen Entwurf vorzulegen, der zwar nicht das Ideal eines Verwaltungsgesetzes sei, aber doch große Fortschritte bedeute. Der Redner sprach zugleich als Vertreter der deutschen Partei, dem sich namens der Landespartei der Abg. v. Luz unter ähnlichen, den Entwurf billigenden Ausführungen anschloß; desgleichen der Abgeordnete für Stuttgart, Stälin, der ein Pensionsgesetz für Gemeindebeamte als nächste Forderung aufstellte.

Dann nahm der Minister des Innern, v. Schmid, das Wort, der zuerst in einem historischen Exkurs darthat, daß seit Jahrzehnten die parlamentarischen und regierungseitigen Reformversuche immer zu einem wesentlich konservativen Resultat gelangt seien, selbst 1848 und 1849 habe man die Grundlagen der seit den zwanziger Jahren bestehenden württembergischen Gemeindeverfassung nicht angetastet, die ja auch mehr als anderswo eine demokratische sei. Die vielangefochtene Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher sei ein Gegengewicht gegen diese demokratischen Grundlagen, das sogar 1848 der damalige Führer der Demokratie, Seeger, habe erhalten sehen wollen und auf das auch heute die Regierung nicht verzichten könne. Bei dem von den Institutionen anderer Länder wesentlich verschiedenen Beamtencharakter der württembergischen Schultheißen sei die Lebenslänglichkeit eine unerlässliche Forderung. Des weiteren führte der Minister aus, wie die früher beliebte Forderung der Aufhebung der vier Kreisregierungen des Landes jetzt hinfällig geworden sei, weil diese Mittelstellen, früher entbehrlich scheinend, jetzt namentlich durch die Reichsgesetzgebung mit großen Aufgaben betraut seien, so daß man dieselben heute geradezu schaffen müßte, wenn sie nicht vorhanden wären. Der Minister zeichnete dann in großen Zügen das in dem Reformentwurf Enthaltene und bezeichnete die Stellung der Regierung dahin, dieselbe würde bei den gesunden, normalen Zuständen, deren sich die Verwaltung heute in Württemberg erfreue, in dem Versuch einer grundstürzenden Reform geradezu ein Attentat auf die Wohlfahrt des Landes erblicken. In diesem Sinne habe auch das württembergische Volk geurtheilt, das bei den letzten Landtagswahlen, wo diese Reform im Vordergrund der Wahlprogramme gestanden sei, sich nur in verhältnismäßig sehr kleiner Minorität für die extremen Forderungen der Demokratie ausgesprochen habe. Unter anderem wies der Minister auch auf das Großherzogthum Baden hin, wo die Regierung in Folge der gemachten Erfahrungen eine Reformvorlage in konservativer Richtung eingebracht habe.

Nach dem Minister sprach als Hauptredner der Opposition der Abg. C. Hausmann. Er erklärte sich mit dem Entwurf völlig unzufrieden, da er gar keinen wirklichen freiheitlichen Fortschritt bringe, im Gegentheil eine reaktionäre Tendenz befunde, überall von Mißtrauen

gegen das Bürgerthum durchtränkt sei, die demokratischen Grundlagen der württembergischen Gemeindeverfassung noch mehr als bisher verbaue und einzig auf Stärkung der Bürokratie ausgehe. Die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher sei eine allgemeine populäre Forderung, ohne deren Erfüllung der Entwurf unannehmbar sei. Auch dieser Redner exemplifizierte auf Baden, indem er die Schrift des Dr. Binz zitierte und den Verfasser zuerst als Dolmetscher der Meinungen des gesammten badischen Volkes, dann der nationalliberalen Partei Badens bezeichnete, was aber den lebhaften Widerspruch der Kammer hervorrief.

In der Sitzung vom Samstag sprach der ritterchaftliche Abg. v. Wöllwarth gegen die Lebenslänglichkeit, wobei er sich auf persönliche Erfahrungen berief, der Abg. Wittich für den Entwurf, Brodbeck (Demokr.) und Gröber (im Reichstag Mitglied des Zentrums) gegen denselben. Der letztere Redner polemisierte sehr scharf gegen den Entwurf, der keine wirkliche Reform bedeute und wegen Kleinigkeiten die Gesetzgebungsmaschine unnötig in Bewegung setze. Die Kammer möge ihre Zeit zu Besseren verwenden. Es folgte eine energische Entgegnung des Ministers, der unter dem Beifall der Mehrheit den reichen Gehalt des Entwurfs an Reformen, insbesondere in Bezug auf selbständigere Stellung der Gemeinden in ihrer Staatsverwaltung hinwies. Auch die Behauptung Hausmanns, das Gesetz sei ad hoc gemacht, es sei eine „lex Hegelmaier“ (Heilbronn), wies der Minister scharf zurück. Nachdem Gröber und Hausmann erwidert und schließlich v. Göz dem Letzteren nochmals entgegengetreten war, beschloß das Haus wie oben angegeben.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 12. Jan. Die deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen wurden heute wieder aufgenommen. Infolge der Ernennung des bisherigen Vorsitzenden v. Szögyenyi zum Minister wurde, wie die „Pol. Korr.“ hervorhebt, eine Verständigung zwischen dem Minister des Auswärtigen und den beiderseitigen Ministerpräsidenten dahin getroffen, daß Herr v. Szögyenyi den Vorsitz beibehält; jedoch soll dieser Ausnahmefall keine Präcedenz begründen.

Italien.
Rom, 12. Jan. Ihre Majestäten der König und die Königin hatten gestern die Mitglieder des diplomatischen Corps zur Tafel geladen. Zur Rechten des Königs saß die Gemahlin des österreichisch-ungarischen Botschafters, zur Linken des Königs die Gemahlin des englischen Botschafters, neben letzterer der deutsche Botschafter und sodann der Ministerpräsident Crispi. — Der italienische Finanzminister Grimaldi wird sein Exposé wahrscheinlich am 24. oder 25. d. in der Kammer vortragen. Wie italienische Blätter schon jetzt ankündigen, wird der Minister zunächst die Ergebnisse des letzten Budgets ziffermäßig entwickeln, sodann abermals den festen Entschluß der Regierung betonen, keine neuen Steuern einzuführen, und endlich die Gesetzesentwürfe ankündigen, deren Vorlage behufs Erzielung von Ersparnissen und Weiterführung der wirtschaftlichen Reformen beabsichtigt ist. Unter denselben nimmt den ersten Rang das Gesetz über die Abänderung der Verwaltungsorganisation ein. Nach diesem Gesetze soll in Zukunft eine Präfektur nur auf eine Bevölkerungszahl von mindestens 500 000 und eine Unterpräfektur auf eine solche von mindestens 100 000 Personen kommen. Durch diese Maßregel wird die Zahl der Präfekturen von 69 auf 50 herabgemindert. Außerdem sollen auch die Finanz- und Studienbehörden, die Bau-, Pensions- und Rechnungsämter, die Post- und Telegraphendirektionen vermindert werden. Das hierdurch unmittelbar erzielte Ersparnis wird auf 3 bis 4 Mill. Lire berechnet. — Capitän Fracassa“ erklärt das Gericht, die Regierung beabsichtige, den Eingangszoll auf ausländisches Getreide von fünf auf sieben Francs zu erhöhen, für unbegründet.

Frankreich.
Paris, 12. Jan. Verfassungsmäßig hat die ordentliche Tagung der französischen Kammer am zweiten Dienstag des Monats Januar zu beginnen. Dem entsprechend treten morgen Senat und Kammer wieder zusammen. Der Anfang einer neuen Parlamentssession, sonst ein in den Zeitungen im Vorhinein lebhaft besprochenes Ereigniß, scheint diesmal im Publikum verhältnismäßig wenig Beachtung zu finden und das mag als Anzeichen der gegenwärtig herrschenden ruhigen Stimmung registriert werden. Das Amtsblatt hat schon vorgestern die Tagesordnung der Eröffnungssitzungen im Senat und in der Deputiertenkammer veröffentlicht. Der Senat wird, wie immer, nur seine Tagesordnung festsetzen und erst am Donnerstag die Wahl seines Vorstandes vornehmen, die Kammer dagegen sofort zur Ernennung ihrer Vorstandsmitglieder schreiten. Es ist so gut als gewiß, daß die Präsidien beider Häuser wieder gewählt werden, vielleicht mit Ausnahme des Vicepräsidenten der Deputiertenkammer, de Mahy, der vor einigen Wochen in Abwesenheit Floquet bei einem Boulangistenstande die von den Republikanern gewünschte Energie vermissen ließ. Als Alterspräsident wird diesmal nicht, wie in den letzten Jahren, der 84 Jahre alte Peter Blanc, republikanischer Deputirter für Albertville (Savoien), den Vorsitz führen, denn der hochbetagte Herr hatte sich über die Neujahrsferien nach Savoien heim begeben und ist nun dort eingeknickt. Er mag es nicht, wie er an Herrn Floquet schreibt, die Fahrt zu Manlesel und zu Wagen bei dieser Kälte zwischen den eisigen Wällen und Schneemauern zu unternehmen, und will ein Steigen des Thermometers abwarten. So fällt das Alterspräsidium dem Monarchisten de Vermenguy, Vertreter des Jura, zu, der am 1. Dezember 1810 geboren ist, oder, wenn auch dieser am

Erscheinen verhindert wäre, dem Republikaner de Gasté, dem bekannten Frauenrechtler, der am 30. August 1811 das Licht der Welt erblickte. Im Senat übernimmt Graf Lar-Saluces, Republikaner, das Amt des Alterspräsidenten. Die Kammer wird zunächst die bereits eingeschriebenen Interpellationen erledigen, die übrigens keine lebhaftere Diskussion voraussehen lassen. Die Regierung wird sodann von der Kammer verlangen, das Gesetzesprojekt, welches die Regierung ermächtigen soll, drei Neuerernennungen in die Ehrenlegion vorzunehmen, dringlich zu erklären. Die Regierung wartet nämlich nur die Erledigung dieser Frage ab, um darnach die schon am 1. Januar vollzogenen Ernennungen zu veröffentlichen. Ferner wird die Kammer sich über die Kündigung der Handelsverträge auszusprechen haben, die vor dem 1. Februar 1891, dem letzten Kündigungstermin, entschieden sein muß. Die Zollkommission der Kammer dürfte ihren Bericht über die Prüfung des neuen Generalzolltarifs noch vor Ende dieses Monats einbringen. Vorausichtlich wird die Diskussion des Generalzolltarifs, welche die ganze Session in Anspruch nehmen dürfte, in den ersten Tagen des Februar beginnen. Ob der Ministerpräsident Freycinet der Kammereröffnung beiwohnen kann, ist zweifelhaft, da er infolge einer neuen Erkältung bettlägerig ist. Er war von den Nachwirkungen der Influenza noch nicht vollständig wiederhergestellt und blieb deshalb auch der Trauerfeier für den Herzog von Leuchtenberg fern; ein erneutes Unwohlsein, das übrigens ganz unbedenklich ist, setzt ihn nun an das Zimmer. Uebrigens hat Herr v. Freycinet sich durch eine Maßregel, die er in seiner Eigenschaft als Kriegsminister angeordnet haben soll, den lebhaften Tadel des „Journal des Débats“ zugezogen. „L'avenir Militaire“ meldet nämlich, der Kriegsminister habe der Abtheilung für Geniewesen eine Entscheidung zugehen lassen, nach welcher im Hinblick auf das geplante Deplacement der Pariser Ringmauer die Gesetze über die Militärservituten seit dem 1. Januar nicht mehr anzuwenden sind. Das „Journal des Débats“ hofft, daß eine solche Entscheidung, welche ungesetzlich ist, nicht getroffen worden sei und daß Herr v. Freycinet nicht die Interessen der nationalen Vertheidigung geopfert habe, um ein seinen Senatswählern gegebenes Versprechen einzulösen. Das „Journal des Débats“ ist übrigens Herrn v. Freycinet niemals besonders freundlich gesinnt gewesen und man erinnert sich, welche scharfe Kritik es an der Kandidatenrede Freycinets vor den Senatswahlen geübt hat.

Belgien.
Brüssel, 12. Jan. Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Henriette (geboren am 30. November 1870, älteste Tochter des Grafen von Flandern) ist seit einigen Tagen an starker Bronchitis erkrankt. Während gestern von einer Besserung in ihrem Befinden berichtet wurde, konstatarirte heute die Ärzte eine ungünstigere Wendung ihres Zustandes; die Entzündung hat sich auf den linken Lungenflügel ausgebreitet.

Großbritannien.
London, 12. Jan. Der bisherige Geschäftsträger Portugals in London, Herr de Soveral, ist zum Gesandten und bevollmächtigten Minister in London ernannt worden. Man darf diese Ernennung wohl in einem den portugiesisch-englischen Verhandlungen günstigen Sinne deuten.

Rußland.
St. Petersburg, 12. Jan. In dem Exposé zu dem jetzt veröffentlichten Reichsbudget heißt es, ganz Rußland hege die feste Zuversicht, daß die offenherzige, friedliebende Politik des Kaisers, der unentwegt die Ehre und Würde des Reiches wahre, und die Segnungen des Friedens selbst in den schwersten Zeiten aufrecht erhielt, auch künftig wie bisher von vollem Erfolg begleitet sein werde.

Großherzogthum Baden.
Karlsruhe, den 13. Januar.
§ XIX. Plenar-sitzung des Deutschen Landwirtschaftsraths. Der I. stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsraths, Graf v. Lerchenfeld-Köfering, theilt in einem Rundschreiben vom 5. Dezember den Mitgliedern dieser Körperschaft mit, daß die nächste Plenar-sitzung nach dem Beschlusse des Ausschusses voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Januar oder in der ersten Hälfte des Februar 1891 stattfinden wird. Die Tagesordnung ist unter Vorbehalt der Aenderung wie folgt festgelegt:
1. Geschäftlicher Theil. Berichterstattung über die Ausführung der Beschlüsse der 18. Plenarversammlung; Rechnungslegung und Haushaltsberatung, Wahl eines I. Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Mittelstadtdirektors v. Wedell-Waladow und eines Ausschussmitgliedes.
2. Materielle Theil. a. Der Ablauf der Handelsverträge im Jahr 1892 (in Verbindung damit die Frage der Abänderung der Getreidezölle, der Viehzölle, der Aufhebung der Viehsperre econt. der Beseitigung des Identitätsnachweises). b. Die Abänderung des Untersuchungswohnortgesetzes. c. Der Entwurf eines deutschen Heimstättengesetzes. d. Die Errichtung von Freibänken zur Verwertung minderwertigen Viehes. e. Event. Entwurf betreffend die Abänderung des Jückerneugesetzes. f. Die Frage des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter. g. Berichterstattung über die Arbeiten der Futtermittelkommission, über Hagelversicherungs-wesen und Eisenbahntarife.
Das Referat über die Heimstättenfrage hat, einem Ansuchen des Ausschusses entsprechend, der badische Vertreter zum Landwirtschaftsrath, Herr Ministerialrath Buchenberger, übernommen.
* (Konzert.) Der Monat Januar ist diesmal besonders reich an musikalischen Vorstellungen, da zu den regelmäßigen Konzerten noch mehrere außerhalb des Rahmens der üblichen Veranstaltungen dieser Art lebende, von auswärtigen Künstlern und Künstlerinnen veranstaltete Konzerte kommen. Auf das am

21. ds. Mts. stattfindende Konzert der Sängerin Villian Sauer-
 person und der Pianistin Clotilde Leeberg haben wir
 schon hingewiesen; für Montag, den 26. Januar, wird ein Konzert
 im Museumsfaale angekündigt, in welchem der Schubert'sche
 Niedererklärt: „Die schöne Müllerin“ unter Mitwirkung des
 Fräulein Hermine Spies aus Wiesbaden zu Gehör gebracht
 werden wird. Mit Fräulein Spies wirkt im Gesange Herr Adolf
 Römheldt von hier zusammen, während die nicht komponierten
 Lieder des Gyllus von Herrn Hofkapellmeister Waldschmidt
 abgenommen. Die Klavierbegleitung hat Herr Hofoperndirektor Nottl
 übernommen.

Galatradfabrik. Man pflegt wohl allen größeren
 Veranstaltungen bei der Ankündigung einen viel mehr verspre-
 chenden Namen zu geben, um eine noch größere Anziehungs-
 kraft dafür zu schaffen. Bei der Menge von Veranstaltungen
 aber, bei denen der tatsächliche Erfolg nichts weniger als den
 gegebenen Erwartungen entsprach, darf es nicht wunder nehmen,
 wenn besonders der Berichtshatter pessimistisch wird, und allen
 diesen Genüssen mit einer gewissen Voracht entgegen sieht. Wir
 freuen uns, heute aus dieser Reihe recht herzhalt herauszutreten
 zu können, und stellen mit besonderer Genugthuung fest, daß das
 vom Karlsruher Radfahrerverein am letzten Sonntag in der
 Festhalle veranstaltete Radfahrfest seinen ihm beigelegten Namen
 eines „Galatradfabrikfestes“ in der That in jeder Beziehung ver-
 dient hat, ihm daher auch der überaus starke Besuch voll auf zu
 gönnen war. Saal und Gallerie waren dicht besetzt, soweit sie
 dem Publikum zugänglich gemacht werden konnten. Platz zum
 Fahren muß allerdings bei einem Fahrfest in erster Reihe genügend
 vorhanden sein. Bei Gelegenheit der Erwähnung der Platzver-
 hältnisse wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auf dem Balkon
 über dem Eingang für etwa das Fünftel besuchende Mitglieder
 unseres Radfahrervereins eine in recht geschmackvoller Weise aus-
 gestattete Loge bereit gehalten war. Wie wir hören, wurde diese
 Ausbattung von Herrn Telgmann dahier ausgeführt. Was die
 sportliche Beteiligung anlangt, so war sie eine sehr gute.
 Vereine waren vertreten aus: Ahalsterhausen, Achern, Baden,
 Bruchsal, Bühl, Gaggenau, Heidelberg, Heilbronn, Hornberg,
 Keßl., Neckarhausen, Pforzheim, Rastatt, Rendsch, Straßburg.
 Den musikalischen Teil des Festes hatte die Kapelle des Feld-
 artillerieregiments unter persönlicher Leitung des Herrn Stabs-
 trompeters Viese übernommen und sie erledigte sich ihrer schwie-
 rigen Aufgabe in der besten Weise. Wenn wir damit auf
 das Programm selbst übergehen, so müssen wir die zweifelhafte
 Auffstellung anerkennen. Wir bekamen die Entwicklung des
 Velocipedes von den Anfangsgründen des Freiherrn v. Drais
 an vorgeführt — wenn auch die für diesen Beherrschten gewählte
 Masse nicht originell war, denn Drais ist älteren Leuten noch
 in seiner Führerrolle erinnerlich — bis zu unseren heutigen
 Maschinen. Daß man es auf dem „Rad“ zu Leistungen bringen
 könne, wie sie uns am Sonntag vorgeführt wurden, hätte Hrbr.
 v. Drais und auch wohl die sämtlichen Festbesucher nie
 gedacht. Was der Meisterfahrer von Caropa im Radfahren,
 Herr Marschner aus Dresden, leistete, dürfte unerreichbar sein.
 Auf dem Zweirad wie dem Einrad waren keine Leistungen
 geradezu verblüffend, wenn man das Rad, dessen er sich als Einrad
 bediente, überhaupt noch als „Fahr-“, „Instrument“ ansehen kann.
 Denn wo nichts weiter vorhanden ist als ein Rad ohne jede
 Handhabe, hört im gewöhnlichen Leben sonst das Fahren auf.
 Aber auch die aufstretende badische Radfahrerin Fräul. Wei-
 denhammer aus Ahalsterhausen leistete das Erschreckende.
 Beide zeichneten sich durch eine wir möchten sagen spielende
 Eleganz bei der Durchführung der schwierigsten „Arbeiten“ aus.
 Es wurde überhaupt durchweg flott gefahren und haben beson-
 ders die Duadrillefahrer gut gefallen. Im Preisquadrillen-
 fahren des Velocipedistenklub Straßburg und des Bicyclklub
 Karlsruhe erhielt ersterer den ersten Ehrenpreis im Werte von
 100 M., bestehend in einem silbernen Pokal und 12 goldenen
 Ehrenzeichen, während letzterer den zweiten Preis im Werte
 von 50 M., bestehend in einer Brillantendiamantale, bekam. Das Preis-
 gericht bestand aus den Herren Weidenhammer, Ahalster-
 hausen, Jung und Kahlkopf-Pforzheim, Zeiser-Bruchsal
 und Marschner-Dresden. Ehrengaben erhielten: Fräul.
 Weidenhammer eine goldene Medaille und 1/2 Duzend echt
 silberne Nessel. Herr Marschner einen goldenen Pokal, die
 sechs Fahrer der Bicyclquadrielle aus Rastatt ein Weinservice,
 der Duettfahrer aus Straßburg je eine goldene Medaille. Der
 Verlauf des Festes, an das sich ein Bankett in der altheimischen
 Weinstube angeschlossen, war ein sehr schönes, nur hätte der Wirt
 bessere Vorkehrungen treffen sollen; konnte doch kaum die Hälfte der
 das Buffet während der Pause Auffuchenden einen Trunk erhalten.

Heidelberg, 12. Jan. (Kirchenbau.) Mit der zu-
 nehmenden Bebauung der Gaudertel im Westen und Südwesten
 der Stadt hat sich den hiesigen Kirchengemeinden von selbst die
 Frage aufgedrängt, wie dereinst die kirchlichen Bedürfnisse der
 Bewohner jener von den gegenwärtigen Kirchen ziemlich weit
 entfernten neuen Stadtteile zu befriedigen sein werden. Die
 katholische Kirchengemeinde hat die Frage schon vor einigen
 Jahren durch die Erwerbung eines für eine Kirche geeigneten
 Bauplatzes beantwortet und die evangelische Gemeinde sieht soeben
 im Begriffe, das Gleiche zu thun. Das von der letzteren aus-
 ersehene Gelände umfaßt 4183 qm; es liegt im Mittelpunkt der
 Rodbacher Bauviertel, frei an drei Straßen, und würde von der
 jetzigen Pfarre, der Firma F. J. Landfried, der Gemeinde um
 den vergleichsweise sehr mäßigen Preis von 8,34 M. per qm
 abgetreten werden. Der Preis würde sich also auf etwa 35 000 M.
 stellen. Die Zahlungsbedingungen sind recht günstige. Der
 Platz würde ausreichen zur Errichtung eines Gotteshauses von
 der Größe der Providenzkirche, sowie zu einem Pfarrwohnhaus
 und einem Gebäude mit Wohnung für den Küster. Was die
 Aufbringung der Mittel anbetrifft, so schlägt der Kirchengemein-
 derat die Einführung einer kirchlichen Kirchensteuer nach dem
 Gesetz von 1888 vor. Bei einem Steuerfuß von 3 Pf. per
 100 M. Steuerkapital würde diese Steuer, schlecht gerechnet,
 eine Bruttoeinnahme von 16 500 M. ergeben. Ein Teil der
 Nettoeinnahme würde zur Amortisation der Kaufschuld, der
 andere zur Ansammlung eines Kapitals für den vermutlich erst
 nach einer Reihe von Jahren zu beginnenden Bau der Kirche
 dienen.

Pforzheim, 2. Jan. (Vortrag. — Theaterauf-
 führung.) Gestern hielt im „Protestantenverein“ Herr Prof.
 Reichelt von hier einen Vortrag über „Die Entwicklung des
 religiösen Dramas“. Der Redner führte zunächst an, daß schon
 die Griechen und andere Völker der Vorgezeit mit ihren religiösen
 Handlungen dramatische Darstellungen verbanden. Selbst bei
 dem alten israelitischen Volke finde man Dramatisches mit religiösen
 Dichtungen verflochten, wie namentlich in den Psalmen, in dem
 hohen Liede Salomons und im Buche Hiob. Bei den christlichen
 Völkern fand diese Vermischung in viel weiterem Sinne und oft
 in sehr drastischer Weise statt, so daß die Handlung sich zu einer
 vorwiegend dramatischen gestaltete. Der Redner ging auf

letztenannte Verquickung, wie solche in den Passions- und ande-
 ren Aufführungen zum Ausdruck gelangten, in ausführlicher
 Weise ein und führte dann — die Oberammergauer Auffüh-
 rungen kurz streifend — an, wie bis zur neuesten Zeit religiöse
 Stoffe dramatisch behandelt wurden. Der Redner erntete leb-
 hafteren Beifall. — Im „Kaufmännischen Verein“ fand am
 Samstag eine theatralische Aufführung durch Mitglieder des
 Großh. Hoftheaters aus Karlsruhe statt, welche sehr beifällig
 aufgenommen wurde. Aufgeführt wurde das Lustspiel „Durch's
 Dör“ von Jordan. Herr W. Waffermann trug dann noch
 „Räufchen und Rimmels“ vortrefflich vor.

12. Jan. (Musikverein. — Bitterung.)
 Unsere Musikvereinskonzerte haben sich von jeher großer Belieb-
 theit erfreut, und auch das gestrige Konzert, das im „Kronen-
 saale“ stattfand, war wieder sehr zahlreich besucht. Die Leistungen
 der Kapelle haben denn auch in hohem Grade befriedigt; unter
 der tüchtigen Leitung des Herrn Musikdirektors C. Berni kam
 eine größere Anzahl von Musikstücken trefflich zum Vortrage.
 Ein Tanzkränzchen schloß dem Konzerte an. — Die seit etwa
 8 Wochen anhaltende strenge Kälte fängt bereits an, recht lästig
 zu werden. Auf den Straßen häufen sich infolge der zugeföhrten
 Rinnen die Eis- und Schneemassen in ganz bedenklicher Weise,
 die zahlreich eingeföhrten Brunnen machen besonders den Haus-
 frauen viele Sorgen und die außerordentlich hohen Preise der
 Brennmaterialien treffen die „kleinen Leute“ in empfindlicher
 Weise. Deute schneit es wieder lustig darauf los.

Verstümmeltes.
 W. Berlin, 12. Jan. (In dem Prozesse) der Schau-
 spielerin Fräulein Schabelski gegen Paul Lindau und
 den Theaterdirektor Barnay wegen Verleumdung verurteilte
 die Strafkammer des hiesigen Landgerichts Lindau zu 60 M.,
 Barnay zu 80 M. Geldbuße. (Das Schöffengericht hatte die
 Beilagen freigelesen, worauf Fräul. Schabelski Berufung ein-
 legte, die von Erfolg begleitet gewesen ist.)

W. Berlin, 12. Jan. (Das Reichsgericht) entschied in
 dritter Instanz in dem bekannten Prozesse, den die Passagiere des
 Dampfers „Saale“ gelegentlich der Flottenparade auf der Höhe
 von Spittelberg gegen den Norddeutschen Lloyd angezettelt hatten,
 weil die „Saale“ zu früh nach Bremen zurückgekehrt war. Der
 Spruch des Reichsgerichts fiel zu Gunsten des Norddeutschen
 Lloyd aus.

W. Braunschweig, 12. Jan. (Denkmalserrichtung.)
 Der Landesverein des Großherzogtums beschloß die Errich-
 tung eines Denkmals für den Herzog Wilhelm von Braun-
 schweig.

W. Mainz, 12. Jan. (Brand.) Das Schloß Buseckow
 ist, während der Befreiung, Graf Hahn, in England weilte, heute
 durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Nur ein Teil der
 Bibliothek und der Gemälde konnte gerettet werden.

Neueste Telegramme.
 (Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
 Berlin, 13. Jan. Der Reichstag hat heute seine Ver-
 handlungen mit der Beratung über die Anträge Auer
 und Richter in Betreff der Getreidezölle wieder auf-
 genommen. Der Reichstanzler v. Caprivi wies auf die
 schwebenden Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn hin,
 denen hoffentlich auch solche mit anderen Mächten folgen
 würden; er sprach die Hoffnung aus ein befriedigendes
 Ergebnis der Handelsvertragsverhandlungen aus. Den
 verbündeten Regierungen liege die Erleichterung der
 Volksernährung ebenso am Herzen, wie irgend einer
 Partei; der Beweis dafür sei die erfolgte Erleichterung
 der Fleischverjorgung. Der Reichstanzler betonte, er
 erkenne die volle Wichtigkeit der Landwirtschaft an, und
 erklärte schließlich, die Regierung werde an der Diskussion
 über die Anträge nur theilnehmen, um Irrthümer zu
 berichtigen.

Abg. Schumacher (Sozialist) verlangte die Aufhebung
 der Zölle gegen Rußland. Richter ist von dem günstigen
 Verlaufe der Verhandlungen mit Oesterreich befrie-
 digt und hofft, daß keine Differentialzölle geschaffen
 würden. Hoffentlich werde wenigstens ein Theil der vor-
 liegenden Anträge angenommen.
 Luz und Schalscha sprachen für die Schutzzölle;
 Buhl erklärte, er fürchte von der Aufhebung der Zölle
 eine Minderung der Kaufkraft der Landwirthe.

Berlin, 13. Jan. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Die
 „Frankfurter Zeitung“ hat aus Mecklenburg die Nach-
 richt gebracht, Seine Königl. Hoheit der Großherzog habe
 dem Fürsten Bismarck die Stellung eines mecklenburgi-
 schen Ministerpräsidenten angetragen, welche der Fürst
 jedoch abgelehnt habe. So sehr die Nachricht nament-
 lich auch durch die Unrichtigkeit der damit verknüpften
 Nebenumstände das Gepräge der Unwahrheit an der
 Stirn trägt und so wenig anzunehmen ist, daß denkende
 Männer dieselbe ernst nehmen könnten, hat sie doch den
 Weg durch viele Blätter des Inlands und Auslands ge-
 funden. Dieser Umstand und der Wunsch, dem unerfreulichen
 Gerücht ein Ende zu machen, veranlaßt die mecklenburgische
 Staatsregierung zur Erklärung, daß die Nachricht aller-
 und jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt.“ (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Schwerin zugegangen: „Die Großh. Staatsregie-
 rung erklärt in den „Mecklenburgischen Nachrichten“, die
 von der „Frankfurter Zeitung“ gebrachte Mittheilung
 von einer angeblichen Berufung des Fürsten Bismarck
 zum mecklenburgischen Ministerpräsidenten entbehre aller
 und jeder thatsächlichen Grundlage.“)

Madrid, 13. Jan. Nach einer Meldung hiesiger
 Blätter hat die spanische Regierung der französischen
 offiziell die Verhaftung Pawlewski's mitgetheilt und die
 Auslieferung des Letzteren zugesichert. (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Paris zugegangen: „Die spanische Regierung hat
 die Verhaftung des russischen Revolutionärs Pawlewski
 offiziell mitgetheilt und die Auslieferung des Letzteren
 zugesichert.“)

Paris, 13. Jan. Nach einer Meldung hiesiger
 Blätter hat die spanische Regierung der französischen
 offiziell die Verhaftung Pawlewski's mitgetheilt und die
 Auslieferung des Letzteren zugesichert. (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Paris zugegangen: „Die spanische Regierung hat
 die Verhaftung des russischen Revolutionärs Pawlewski
 offiziell mitgetheilt und die Auslieferung des Letzteren
 zugesichert.“)

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

Frankfurter telegraphische
 Kursberichte
 vom 13. Januar 1891.
 Staatspapiere. Deutsche Bank 158.60
 4% Deutsche Reichsbank 155.20
 anleihen. 106.80
 4% Preuß. Konf. 106.30 Schw. Nordostb. 140.20
 4% Baden in fl. 102.- Lombarden 116 3/4
 4% in W. 103.95 Galizier 185 1/2
 Oesterr. Goldrente 96.30 Elbtal 201 1/2
 Silber. 80.06 Hess. Ludwigsb. 114.90
 4% Ungar. Goldr. 92.40 Gothaer 159.30
 1880er Ruffen 97.80 Wechsel und Sorten.
 II. Orientanleihe 77.80 Wechsel a. Amst. 169.17
 Italiener compt. 93.20 „ London 20.34
 Egypter 97.70 „ Paris 80.50
 Spanier 75.50 „ Wien 177.70
 Holl.-Türken 92.30 Napoleonsd'or 16.15
 5% Serben 88.90 Privatbanknoten 3 3/4
 Banken. Bad. Hüttenfabrik 89.90
 Kreditaktien 272.50
 Diskontokont. nach Börse.
 mandit. 213.30 Kreditaktien 273 1/4
 Basler Banker. 169.- Staatsbahn 219 1/4
 Darmstädter Bank 155.40 Lombarden 116 1/2
 Handelsgesellsch. 157.50 Tendenz: still.

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

W. Berlin, 12. Jan. (In dem Prozesse) der Schau-
 spielerin Fräulein Schabelski gegen Paul Lindau und
 den Theaterdirektor Barnay wegen Verleumdung verurteilte
 die Strafkammer des hiesigen Landgerichts Lindau zu 60 M.,
 Barnay zu 80 M. Geldbuße. (Das Schöffengericht hatte die
 Beilagen freigelesen, worauf Fräul. Schabelski Berufung ein-
 legte, die von Erfolg begleitet gewesen ist.)

W. Berlin, 12. Jan. (Das Reichsgericht) entschied in
 dritter Instanz in dem bekannten Prozesse, den die Passagiere des
 Dampfers „Saale“ gelegentlich der Flottenparade auf der Höhe
 von Spittelberg gegen den Norddeutschen Lloyd angezettelt hatten,
 weil die „Saale“ zu früh nach Bremen zurückgekehrt war. Der
 Spruch des Reichsgerichts fiel zu Gunsten des Norddeutschen
 Lloyd aus.

W. Braunschweig, 12. Jan. (Denkmalserrichtung.)
 Der Landesverein des Großherzogtums beschloß die Errich-
 tung eines Denkmals für den Herzog Wilhelm von Braun-
 schweig.

W. Mainz, 12. Jan. (Brand.) Das Schloß Buseckow
 ist, während der Befreiung, Graf Hahn, in England weilte, heute
 durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Nur ein Teil der
 Bibliothek und der Gemälde konnte gerettet werden.

Neueste Telegramme.
 (Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
 Berlin, 13. Jan. Der Reichstag hat heute seine Ver-
 handlungen mit der Beratung über die Anträge Auer
 und Richter in Betreff der Getreidezölle wieder auf-
 genommen. Der Reichstanzler v. Caprivi wies auf die
 schwebenden Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn hin,
 denen hoffentlich auch solche mit anderen Mächten folgen
 würden; er sprach die Hoffnung aus ein befriedigendes
 Ergebnis der Handelsvertragsverhandlungen aus. Den
 verbündeten Regierungen liege die Erleichterung der
 Volksernährung ebenso am Herzen, wie irgend einer
 Partei; der Beweis dafür sei die erfolgte Erleichterung
 der Fleischverjorgung. Der Reichstanzler betonte, er
 erkenne die volle Wichtigkeit der Landwirtschaft an, und
 erklärte schließlich, die Regierung werde an der Diskussion
 über die Anträge nur theilnehmen, um Irrthümer zu
 berichtigen.

Abg. Schumacher (Sozialist) verlangte die Aufhebung
 der Zölle gegen Rußland. Richter ist von dem günstigen
 Verlaufe der Verhandlungen mit Oesterreich befrie-
 digt und hofft, daß keine Differentialzölle geschaffen
 würden. Hoffentlich werde wenigstens ein Theil der vor-
 liegenden Anträge angenommen.
 Luz und Schalscha sprachen für die Schutzzölle;
 Buhl erklärte, er fürchte von der Aufhebung der Zölle
 eine Minderung der Kaufkraft der Landwirthe.

Berlin, 13. Jan. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Die
 „Frankfurter Zeitung“ hat aus Mecklenburg die Nach-
 richt gebracht, Seine Königl. Hoheit der Großherzog habe
 dem Fürsten Bismarck die Stellung eines mecklenburgi-
 schen Ministerpräsidenten angetragen, welche der Fürst
 jedoch abgelehnt habe. So sehr die Nachricht nament-
 lich auch durch die Unrichtigkeit der damit verknüpften
 Nebenumstände das Gepräge der Unwahrheit an der
 Stirn trägt und so wenig anzunehmen ist, daß denkende
 Männer dieselbe ernst nehmen könnten, hat sie doch den
 Weg durch viele Blätter des Inlands und Auslands ge-
 funden. Dieser Umstand und der Wunsch, dem unerfreulichen
 Gerücht ein Ende zu machen, veranlaßt die mecklenburgische
 Staatsregierung zur Erklärung, daß die Nachricht aller-
 und jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt.“ (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Schwerin zugegangen: „Die Großh. Staatsregie-
 rung erklärt in den „Mecklenburgischen Nachrichten“, die
 von der „Frankfurter Zeitung“ gebrachte Mittheilung
 von einer angeblichen Berufung des Fürsten Bismarck
 zum mecklenburgischen Ministerpräsidenten entbehre aller
 und jeder thatsächlichen Grundlage.“)

Madrid, 13. Jan. Nach einer Meldung hiesiger
 Blätter hat die spanische Regierung der französischen
 offiziell die Verhaftung Pawlewski's mitgetheilt und die
 Auslieferung des Letzteren zugesichert. (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Paris zugegangen: „Die spanische Regierung hat
 die Verhaftung des russischen Revolutionärs Pawlewski
 offiziell mitgetheilt und die Auslieferung des Letzteren
 zugesichert.“)

Paris, 13. Jan. Nach einer Meldung hiesiger
 Blätter hat die spanische Regierung der französischen
 offiziell die Verhaftung Pawlewski's mitgetheilt und die
 Auslieferung des Letzteren zugesichert. (Gleich-
 zeitig mit dieser Depesche ist uns folgendes Telegramm
 aus Paris zugegangen: „Die spanische Regierung hat
 die Verhaftung des russischen Revolutionärs Pawlewski
 offiziell mitgetheilt und die Auslieferung des Letzteren
 zugesichert.“)

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

Frankfurter telegraphische
 Kursberichte
 vom 13. Januar 1891.
 Staatspapiere. Deutsche Bank 158.60
 4% Deutsche Reichsbank 155.20
 anleihen. 106.80
 4% Preuß. Konf. 106.30 Schw. Nordostb. 140.20
 4% Baden in fl. 102.- Lombarden 116 3/4
 4% in W. 103.95 Galizier 185 1/2
 Oesterr. Goldrente 96.30 Elbtal 201 1/2
 Silber. 80.06 Hess. Ludwigsb. 114.90
 4% Ungar. Goldr. 92.40 Gothaer 159.30
 1880er Ruffen 97.80 Wechsel und Sorten.
 II. Orientanleihe 77.80 Wechsel a. Amst. 169.17
 Italiener compt. 93.20 „ London 20.34
 Egypter 97.70 „ Paris 80.50
 Spanier 75.50 „ Wien 177.70
 Holl.-Türken 92.30 Napoleonsd'or 16.15
 5% Serben 88.90 Privatbanknoten 3 3/4
 Banken. Bad. Hüttenfabrik 89.90
 Kreditaktien 272.50
 Diskontokont. nach Börse.
 mandit. 213.30 Kreditaktien 273 1/4
 Basler Banker. 169.- Staatsbahn 219 1/4
 Darmstädter Bank 155.40 Lombarden 116 1/2
 Handelsgesellsch. 157.50 Tendenz: still.

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

Frankfurter telegraphische
 Kursberichte
 vom 13. Januar 1891.
 Staatspapiere. Deutsche Bank 158.60
 4% Deutsche Reichsbank 155.20
 anleihen. 106.80
 4% Preuß. Konf. 106.30 Schw. Nordostb. 140.20
 4% Baden in fl. 102.- Lombarden 116 3/4
 4% in W. 103.95 Galizier 185 1/2
 Oesterr. Goldrente 96.30 Elbtal 201 1/2
 Silber. 80.06 Hess. Ludwigsb. 114.90
 4% Ungar. Goldr. 92.40 Gothaer 159.30
 1880er Ruffen 97.80 Wechsel und Sorten.
 II. Orientanleihe 77.80 Wechsel a. Amst. 169.17
 Italiener compt. 93.20 „ London 20.34
 Egypter 97.70 „ Paris 80.50
 Spanier 75.50 „ Wien 177.70
 Holl.-Türken 92.30 Napoleonsd'or 16.15
 5% Serben 88.90 Privatbanknoten 3 3/4
 Banken. Bad. Hüttenfabrik 89.90
 Kreditaktien 272.50
 Diskontokont. nach Börse.
 mandit. 213.30 Kreditaktien 273 1/4
 Basler Banker. 169.- Staatsbahn 219 1/4
 Darmstädter Bank 155.40 Lombarden 116 1/2
 Handelsgesellsch. 157.50 Tendenz: still.

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

Frankfurter telegraphische
 Kursberichte
 vom 13. Januar 1891.
 Staatspapiere. Deutsche Bank 158.60
 4% Deutsche Reichsbank 155.20
 anleihen. 106.80
 4% Preuß. Konf. 106.30 Schw. Nordostb. 140.20
 4% Baden in fl. 102.- Lombarden 116 3/4
 4% in W. 103.95 Galizier 185 1/2
 Oesterr. Goldrente 96.30 Elbtal 201 1/2
 Silber. 80.06 Hess. Ludwigsb. 114.90
 4% Ungar. Goldr. 92.40 Gothaer 159.30
 1880er Ruffen 97.80 Wechsel und Sorten.
 II. Orientanleihe 77.80 Wechsel a. Amst. 169.17
 Italiener compt. 93.20 „ London 20.34
 Egypter 97.70 „ Paris 80.50
 Spanier 75.50 „ Wien 177.70
 Holl.-Türken 92.30 Napoleonsd'or 16.15
 5% Serben 88.90 Privatbanknoten 3 3/4
 Banken. Bad. Hüttenfabrik 89.90
 Kreditaktien 272.50
 Diskontokont. nach Börse.
 mandit. 213.30 Kreditaktien 273 1/4
 Basler Banker. 169.- Staatsbahn 219 1/4
 Darmstädter Bank 155.40 Lombarden 116 1/2
 Handelsgesellsch. 157.50 Tendenz: still.

Wetterkarte vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.
 Die Wetterkarte zeigt die Luftdruckvertheilung über Europa und Asien. Die Luftdruckvertheilung hat seit dem letzten Erscheinen der Wetterkarte bedeutende Ver-
 änderungen erfahren. Der hohe Druck, dessen Kern heute über Island lagert, erstreckt sich nunmehr von da aus über das nördliche
 Mitteleuropa hinweg nach dem Inneren Rußlands; er scheidet ein flaches Depressionsgebiet jenseits der Alpen von einem tiefen
 Minimum im hohen Norden, welches in weitem Umkreise starke Erwärmung veranlaßt hat. In Mitteleuropa hat der Frost nach-
 gelassen und vielfach war bereits am Morgen Tauwetter bei meist trübem Himmel eingetreten. Süddeutschland stand heute
 Morgen bereits wieder unter dem Einfluß der nördlichen Depressión, was neuerdings nördliche Winde zur Folge hatte.
 Wegen stark verspäteten Eintreffens der Witterungstelegramme konnte die gestrige Wetterkarte vor Schluß des Blattes nicht
 fertig gestellt werden.

Frankfurter telegraphische
 Kursberichte
 vom 13. Januar 1891.
 Staatspapiere. Deutsche Bank 158.60
 4% Deutsche Reichsbank 155.20
 anleihen. 106.80
 4% Preuß. Konf. 106.30 Schw. Nordostb. 140.20
 4% Baden in fl. 102.- Lombarden 116 3/4
 4% in W. 103.95 Galizier 185 1/2
 Oesterr. Goldrente 96.30 Elbtal 201 1/2
 Silber. 80.06 Hess. Ludwigsb. 114.90
 4% Ungar. Goldr. 92.40 Gothaer 159.30
 1880er Ruffen 97.80 Wechsel und Sorten.
 II. Orientanleihe 77.80 Wechsel a. Amst. 169.17
 Italiener compt. 93.20 „ London 20.34
 Egypter 97.70 „ Paris 80.50
 Spanier 75.50 „ Wien 177.70
 Holl.-Türken 92.30 Napoleonsd'or 16.15
 5% Serben 88.90 Privatbanknoten 3 3/4
 Banken. Bad. Hüttenfabrik 89.90
 Kreditaktien 272.50
 Diskontokont. nach Börse.
 mandit. 213.30 Kreditaktien 273 1/4
 Basler Banker. 169.- Staatsbahn 219 1/4
 Darmstädter Bank 155.40 Lombarden 116 1/2
 Handelsgesellsch. 157.50 Tendenz: still.

